

noch viel Neues bringen können, andererseits aber auch das Problem, ob der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung überhaupt sinnvoll herstellbar ist. Es scheint jedoch, daß unter beiden Fragestellungen eine weitere Beschäftigung mit der Materie sinnvoll ist. Trotz einer umfangreichen Literatur sowohl zur Abrüstungs- als auch zur Entwicklungspolitik ist die Verknüpfung der beiden Fragen, die sich insbesondere bei der Umsetzung von Ressourcen aus der militärischen in die friedliche Produktion ergibt, zu wenig behandelt worden. Dies führt zu zahlreichen Mißverständnissen über den Stellenwert von Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe. So gehen selbst Gewerkschafter so weit, Waffenexporte in Entwicklungsländer aus rein beschäftigungspolitischen Gründen zu befürworten, obwohl inzwischen klar gestellt ist, daß gerade die Rüstungsindustrie relativ wenige Arbeitsplätze bereitstellt.

Auf der anderen Seite sollte der (sicherheits)politische Aspekt einer Verknüpfung von Abrüstung und Entwicklung nicht allzu leicht behandelt werden, denn gerade hier liegt das eigentliche Problem. Es liegt zwar auf der Hand, daß rein arithmetisch betrachtet die Freisetzung von Ressourcen durch Abrüstung zu mehr Entwicklungshilfe führen kann. Dies hat beispielsweise auch der Bundeskanzler in seiner Rede vor der 10. Sondergeneralversammlung<sup>19</sup> hervorgehoben. Andererseits wäre es jedoch eine Illusion, daß Abrüstung aus rein entwicklungspolitischen Motiven überhaupt zustande kommen

kann. Hier werden sicherheitspolitische Motive immer die Szene beherrschen. Es ist zu hoffen, daß die Studie über Abrüstung und Entwicklung nicht zu falschen Erwartungen führt.

#### Anmerkungen

- 1 Zur »Abrüstungsdekade« erklärt wurde »das Jahrzehnt der siebziger Jahre« von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit ihrer Resolution 2602E(XXIV) am 16.12.1969. Das am 1. Januar 1971 beginnende Jahrzehnt wurde am 24.10.1970, dem 25. Jahrestag der Gründung der Weltorganisation, durch die die »internationale Entwicklungsstrategie« formulierende Resolution 2626(XXV) zur »zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen« bestimmt.
- 2 UN-Doc. E/3593/Rev.1.
- 3 UN-Doc. A/Res/1516(XV) v. 15.12.1960.
- 4 UN-Doc. A/Res/2685(XXV) v. 11.12.1970.
- 5 UN-Doc. ST/ESA/174.
- 6 UN-Doc. A/Res/3093 B (XXVIII) v. 7.12.1973.
- 7 UN-Doc. A/9770/Rev.1.
- 8 UN-Doc. A/Res/3463(XXX) v. 11.12.1975.
- 9 UN-Doc. A/31/222/Rev.1.
- 10 UN-Doc. A/Res/31/87 v. 14.12.1976.
- 11 UN-Doc. A/32/194 v. 14.9.1977.
- 12 UN-Doc. A/8469/Rev.1.
- 13 UN-Doc. A/32/88/Rev.1.
- 14 Vgl. hierzu die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift: VN 2/1978 S.37ff., VN 3/1978 S.91ff., VN 4/1978 S.129ff., VN 5/1978 S.171ff.
- 15 UN-Doc. S-10/2 v. 30.6.1978, vollständig abgedruckt in VN 5/1978 (Anm. 14).
- 16 UN-Doc. A/Res/32/88A v. 12.12.1977.
- 17 UN-Doc. A/S-10/9 v. 5.4.1978.
- 18 Erste Berichte über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe in VN 6/1978 S.215 und VN 2/1979 S.63f. Derzeitige Zusammensetzung siehe VN 4/1979 S.152.
- 19 Text in VN 3/1978 (Anm. 14).

## Wachsende Armut

### Vor dem Ende der zweiten Entwicklungsdekade

K. FRIEDRICH SCHADE

#### I

Hat die zweite Entwicklungsdekade (Second Development Decade, DD 2), für die Zeit von 1971—1980 von den Vereinten Nationen verkündet, nennenswerte Fortschritte für die Dritte Welt gebracht? Inwieweit hat sie, falls entwicklungspolitisch wenig erreicht wurde, wenigstens zur Bewußtseinsbildung in den Entscheidungszentren der Welt, den reichen Ländern, als Voraussetzung »besseren« Handelns in der dritten Dekade, beigetragen? Ein Blick auf den zweiten, kürzlich veröffentlichten Weltentwicklungsbericht der Weltbank, eine der mächtigsten und bestinformierten Entwicklungshilfeinstitutionen, und auf einige Reaktionen, die er gefunden hat, vermittelt zwiespältige Eindrücke. Da findet sich im Bericht die Erkenntnis, daß die gewaltigen Unterschiede zwischen der Gruppe armer Staaten und jener der reichen Länder ebenso fortbestehen wie das Einkommensgefälle in den Entwicklungsländern selbst — ein Faktum, das, obschon es für Millionen von Menschen Tod und Verderben bedeutet, die meisten von uns wenig zu erschüttern scheint. Aber vielleicht ist es ein ermutigendes Zeichen, daß die Weltbank es wagt oder mehr als bisher dazu gedrängt wurde, zentrale, wenn auch unbefriedigende Aspekte der entwicklungspolitischen Realität offen auszusprechen. Immerhin — ein Bericht der Weltbank gibt zum Ende der zweiten Dekade den Anlaß für die Hauptüberschrift einer Tageszeitung: »Weltbank warnt vor Überbevölkerung — Bericht über drohende Katastrophe«. So prangt es dort auf der ersten Seite, obschon doch spätestens auf der Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest genügend belegt wurde, daß die Bevölkerungsexplosion nicht die eigentliche Ursache der Unterentwicklung darstellt. Auf der Wirtschaftsseite heißt es dann beruhigend weiter zum Weltbankbericht: »Weltbank lobt deutsche Kreditgeber«. Der Text wird ergänzt durch ein Schaubild mit der Überschrift »Die Helfer der Armen«, in dem die Entwicklungs-

leistungen der Industrieländer an die Entwicklungsländer aufgeführt werden. Im Sinne der vereinbarten OECD-Statistik sind die dabei für 1978 genannten 69 Milliarden Dollar nicht falsch. Aber weiß der Leser, daß darin etwa 70 Prozent Kredite und Privatinvestitionen enthalten sind, und sollte es nicht zur entwicklungspolitischen Verantwortung eines Journalisten gehören, in einem solchen Zusammenhang immer wieder daran zu erinnern, daß, wie eine für die Beurteilung von DD 2 nicht unwesentliche Studie, der »Rio-Bericht« 1975, errechnet hat, vielmehr die sogenannten armen Länder erheblich mehr Ressourcen an die Reichen transferieren? Die damalige Schätzung ging von Verlusten in Höhe von 50 bis 100 Milliarden Dollar aus; heute läge sie wesentlich höher. Daß die Kluft sich nicht verkleinert, sondern gar vertieft, das hatte bereits in der Halbzeit der zweiten Dekade ein Mitarbeiter der Weltbank, Ul Haq, inoffiziell konstatiert:

»Der Abstand im Pro-Kopf-Einkommen zwischen reichen und armen Nationen hat sich in den letzten zwanzig Jahren unaufhörlich erweitert. Die Einkommenssteigerung pro Kopf für mehr als zwei Drittel der Menschheit betrug in dieser Zeit weniger als ein Dollar. Selbst diese wahrhaft dürftige Steigerung wurde ungleichmäßig verteilt: Die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung bekommen noch weniger als vor 20 Jahren.«

Warum dies so geblieben ist, dazu gab die Weltbank bislang keine befriedigende Auskunft. Vielleicht hat sie deshalb die »Brandt-Kommission« eingesetzt? Zehn Jahre nach der Vorlage des ebenfalls im Auftrag der Weltbank erstellten Pearson-Berichts sollte man nicht dessen unkritische Fortschreibung, sondern einen Schritt erwarten, der die politische Diskussion im Sinne der Armen wirklich herausfordert. Man darf gespannt sein, wie unabhängig diese Kommission von ihrem Auftraggeber, der Weltbank, urteilen kann, wie kritisch sie beispielsweise mit der Arbeit dieser Institution, die immer mehr beansprucht, den Ärmsten der Armen entwicklungspolitische Hilfestellung zu gewähren, ins Gericht gehen wird.

In der Wirklichkeit spüren die Ärmsten von dieser selbstgestellten Anwaltsaufgabe wenig — Positives. Gegen Ende der zweiten Entwicklungsdekade ist leider, um nur ein Beispiel zu nennen, zu erinnern an die nach wie vor gültige Studie ›Poverty and Landlessness in Rural Asia‹ der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), die 1977 das empirische Fazit zog, daß in den zurückliegenden 25 Jahren zwar einige Gruppen in einigen Entwicklungsländern einen beachtlichen Fortschritt erlebt haben, aber vor allem die Armen auf dem Lande mindestens genauso schlecht dran sind wie eh und je — das heißt seit dem Einbrechen kolonialer Mächte in vornehmlich intakte Sozial- und Wirtschaftsstrukturen. Das Forschungsprojekt der IAO war in sieben asiatischen Ländern durchgeführt worden, in denen zusammen 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung der gesamten (nichtsozialistischen) Dritten Welt leben. Das Durchschnittseinkommen in diesen Ländern war zwar in den letzten Jahren gewachsen, im Gegensatz dazu hatten sich die Einkommen der Armen aber verringert. In fast allen Teilen dieser Region waren die Ärmsten, die den weitaus dominierenden Anteil der Bevölkerung ausmachen, noch ärmer geworden. (Kürzlich hat sogar die Asiatische Entwicklungsbank ähnliche Ergebnisse vorgelegt und einen drastischen Kurswechsel in der Entwicklungshilfe gefordert.) Der IAO-Bericht widerlegt eindeutig die häufig geäußerte und vielfach gepflegte Meinung, daß die anwachsende Armut in Asien auf eine infolge der Bevölkerungsvermehrung hervorgerufene Knappheit der Nahrungsmittel zurückgehe, deren Produktion nicht dem Bevölkerungswachstum angepaßt sei. Die Studie erkennt die Armut als das Ergebnis eines sozialen Systems, das sehr unterschiedliche Zugriffsmöglichkeiten zu den Quellen sozialer und wirtschaftlicher Macht gestattet. Diese Struktur gründet sich oft auf koloniale Vergangenheit, auf derzeitige wirtschaftliche und politische Verflechtungen mit den reichen Ländern und schließlich, so ungewohnt das manchem klingen mag, auf die Art der Vergabe der Entwicklungshilfe. Änderungen dieser Situation — die keineswegs auf Asien beschränkt, sondern geradezu typisch für Länder ist, die von der Entwicklungspolitik der westlichen Staaten besonders bevorzugt behandelt und als Modelle herausgestellt werden (wie der Iran des Schah und nach wie vor Brasilien) — werden nur herbeizuführen sein, wenn man einen Schritt weiter geht als die Weltbank und die Konferenz der FAO über Agrarreform (1979), bei der man sich der Frage nach dem Fehlen konstruktiver Maßnahmen seitens der Industrieländer zynischerweise mit dem Hinweis auf die Souveränität der Entwicklungsländer entledigte.

Diese Konferenz ist ein schlechtes Beispiel für einen in anderen Fällen typischen Vorgang der zweiten Dekade, bei dem sich eine Verdichtung des Prozesses der Erkenntnisbildung feststellen ließ, vor allem in bezug auf eine größere Öffentlichkeit mit Hilfe großer Konferenzen und aufsehenerregender Studien. Forciert durch den Druck seitens der erdölexportierenden Entwicklungsländer, die in dieser Dekade zu gemeinsamem Handeln fanden, mündeten wichtige Bestrebungen um wirkungsvollere Entwicklungspolitik weit über die UNO hinaus schließlich in einem nahezu permanenten Nord-Süd-Dialog (wie in Paris), dessen Gangart als Leerlauf in Form des Nichthandelns oder der Verabschiedung wenig sinnvoller Kompromisse — und das ist die andere typische Seite — die Industrieländer durch enorme Investitionen in ihre Hinhaltepolitik dann doch zu bestimmen wußten.

## II

Rekapitulieren wir einige Daten: 1972 die UN-Umweltkonferenz in Stockholm, auf der die ökologische Einbettung der developmentpolitischen Fragestellung in beachtlich kritischer Weise gelang; im gleichen Jahr die dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD III) in Santiago, dessen kreative Atmosphäre dieser Institution einige Impulse zu vermitteln wußte; Schockreaktion auf

die längst fällige Erhöhung der Rohölpreise seitens des OPEC-Kartells 1973, mit der die weltpolitische Diskussion um ungerechte Strukturen der Weltwirtschaft Streiter erhielt, die die Industrieländer glaubten ernstnehmen zu müssen; nur ein Jahr später, 1974, Verabschiedung der ›Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten‹ durch die UN-Generalversammlung — ein gutes Vierteljahrhundert nach der ›Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‹; Weltbevölkerungsjahr 1974 und UN-Bevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest; Beginn der III. Seerechtskonferenz in Caracas und Welternährungskonferenz in Rom ebenfalls in diesem Jahr; 1975 Jahr der Frau, II. Generalkonferenz der UNIDO und Sondergeneralversammlung zur Zwischenbilanz von DD 2; 1976 Inkrafttreten der internationalen Pakte über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte, UNCTAD IV in Nairobi mit dem Beschluß über das Integrierte Rohstoffprogramm, Hinwendung zu Fragen der Grundbedürfnisse auf der UN-Konferenz über das menschliche Wohn- und Siedlungswesen (HABITAT) in Vancouver sowie auf der Genfer Weltkonferenz der IAO über ›Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse‹ — Themen, die dann 1977 auf der Weltwasserkonferenz in Mar del Plata und auf der Konferenz gegen das Vordringen der Wüsten in Nairobi weitergeführt wurden; 1978 Konferenz über die technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern in Buenos Aires; 1979 UNCTAD V in Manila, Weltagrarkonferenz in Rom und Weltwissenschaftskonferenz in Wien.

Erkenntnis- und Bewußtseinsbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit wurden, auf Veranlassung der Entwicklungsländer, damit von der Weltorganisation in ganz entscheidender Weise vorangetrieben — mit der Sechsten Sondergeneralversammlung (und damit ersten über Fragen der Weltwirtschaftsordnung) 1974 in New York und der damals verabschiedeten ›Erklärung und Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung‹ setzte sie einen politisch sehr viel deutlicheren Wegweiser als zuvor durch die Dekadenplanung: meist recht klare Daten für mehr Selbstbestimmung der Schwachen und angemessene Verantwortung der Reichen.

Zweifellos ist es den Vereinten Nationen dank unermüdlicher Bemühungen der Dritten Welt gelungen, die öffentliche Erörterung der Probleme der ausgebeuteten Länder auf einige wesentliche Fragestellungen hinzuführen. Dabei hat das Verhalten der erdölexportierenden Länder eine progressive Rolle gespielt, wie sich anhand der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung und um die Rolle transnationaler Unternehmen belegen läßt. Die multinationalen Konzerne sind bereits seit einiger Zeit Gegenstand der Beschäftigung im System der Vereinten Nationen; erste konkrete Schritte zu ihrer stärkeren Beobachtung sind schon erfolgt. Kontrollieren sie doch beispielsweise etwa 30 Prozent des gesamten ›freien‹ Welthandels und 80—100 Prozent der Exporte der Entwicklungsländer, so daß zahlreiche Bemühungen seitens der UNCTAD im Falle ihrer Durchsetzung unter diesen Umständen nur vermeintlich der Dritten Welt zugute kämen. Einen wichtigen Vorstoß unternahm die Dritte Welt auch bei der UNESCO, die sich auf ihren Generalkonferenzen 1976 in Nairobi und 1978 in Paris intensiv mit dem Entwurf einer neuen Weltinformationsordnung zu beschäftigen hatte, ein Thema, an dem seither auch in anderen Bereichen des Systems der Vereinten Nationen weitergearbeitet wird. Diese Aufgabenstellung und die Hinwendung zur Problematik des Transfers von Wissenschaft und Technologie im Rahmen der jetzigen Weltwirtschaftsordnung, speziell auch im Hinblick auf das problematische Verhalten transnationaler Konzerne, hat das Augenmerk endlich stärker auf entscheidende Bereiche gelenkt, in denen strukturelle Änderungen viel wichtiger als der Transfer von herkömmlicher ›Entwicklungshilfe‹ materieller oder immaterieller Art, oder, noch genauer gesagt, weitgehend überhaupt Voraussetzung sinnvoller Entwick-

lungshilfeleistungen sind. In diesem Zusammenhang der durch die Dominanz der reichen Staaten vorgegebenen mißbräuchlichen Nutzung von Wissenschaft und Technologie gehören auch Waffenhandel und Militarismus, Tätigkeitsfelder menschenvernichtender Art, die nicht nur auf sublimale oder offene Weise Schreckensherrschaften in der Dritten Welt stabilisieren, sondern auch vernünftigerem politischem Handeln in den Metropolen entglitten sind. So hat sich denn in jüngster Zeit ein Teil der Diskussion unter den Experten in der Bundesrepublik zugespitzt auf die Frage, ob der Skandal in den zu geringen Entwicklungshilfeleistungen oder nicht weit eher in ihrer mißbräuchlichen Ausrichtung, in ihrem Übermaß, zu suchen ist.

Die geringen Erfolge der zweiten Dekade bei der Befreiung der Dritten Welt von Kräften, die ihre Ressourcen (auch die immateriellen bis hin zur politischen Willensbildung) fremd- und zumeist zuungunsten der Völker bestimmen, sowie ganz erhebliche Rückschritte — trotz sich immer stärker verbreitender Kenntnisse über das Ausmaß des Elends und seine Ursachen — führen rasch zu der Frage, welche Chancen für eine Durchsetzung sinnvoller Strategien denn überhaupt bestehen. Die Beantwortung wird nicht leichter durch den Hinweis, daß im System der Vereinten Nationen angesiedelte Institutionen wie Weltbank und Weltwährungsfonds über Entwicklungskredite einerseits und über lange einseitig diktierte Weltwährungsregeln sowie wirtschaftspolitische Eingriffe andererseits Strukturen der Unterentwicklung neu schaffen, stabilisieren oder vertiefen, daß einige Entwicklungshilfe-Organisationen zunehmend unter den Einfluß transnationaler Konzerne geraten, wie Erfahrungen gerade im FAO-Bereich belegen, und daß die UNO insgesamt in der Verfolgung von ihr (obschon mehrheitlich) beschlossener Ziele auf die Loyalität der Industrieländer zu ihrer Realisierung angewiesen ist — häufig vergebens. Hier sind zwar auch Reformbemühungen im Gange, aber wie soll die Front der jetzigen Nutznießer des herkömmlichen Modells gebrochen werden, wo sich zu den Vertretern der reichen Länder jene inzwischen in der Dritten Welt etablierten Kräfte gesellen, die zwar dort das Sagen zu haben scheinen, aber ihre Macht

denen verdanken, die neben der Weltwirtschaft auch das System der Entwicklungshilfe beherrschen, deren exklusive Nutznießung der Dritten Welt erst durch die auf Kosten der breiten Bevölkerung erfolgende Integration in die ›Weltwirtschaft‹ als eine Form der Unterwerfung gesichert wird?

### III

Zwar hat zur Mitte der zweiten Dekade eine von der UNO in Auftrag gegebene Studie W. Leontiefs und eines Teams von Ökonomen zwei Wege errechnet, um die Kluft von Industrie- und Entwicklungsländern bis zum Jahre 2000 so weit zu schließen, daß sie ›nur‹ noch halb so groß wäre. Dabei müßten die Reichen nicht ärmer werden, sie könnten vielmehr ihr Durchschnittseinkommen in dieser Zeit noch verdoppeln. Aber die Studie hat keinen rechten Weg zur politischen Umsetzung gewiesen. Mit dieser Frage hatten sich 1974 Experten aus aller Welt auf Anregung des UN-Umweltprogramms UNEP und der UNCTAD besonders intensiv befaßt und daraus Vorschläge für eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik formuliert: die ›Erklärung von Cocoyoc‹. Sie ist zu einem Basisdokument für die Diskussion über Hilfe und Dritte Welt geworden und konsequentermaßen auch für die Diskussion über den Lebensstil in den industrialisierten Gesellschaften. Die Erklärung stellt fest, daß annähernd drei Jahrzehnte nach der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen es sich noch immer als unmöglich erwiesen habe, eine globale Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu erreichen — trotz erheblicher Anstrengungen im Bereich sogenannter Entwicklungshilfe. Erstes Anliegen müsse es sein, den Zweck der Entwicklung neu zu definieren: nicht Dinge, nicht abstraktes Wirtschaftswachstum, sondern die Entfaltung des Menschen.

Jeder Wachstumsprozeß, der nicht zur Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse führe, oder, noch schlimmer, ihre Erfüllung unmöglich mache, sei eine Karikatur des Entwicklungsgedankens. Dabei solle sich Entwicklung gerade auch dem nicht-materiellen Bereich zuwenden, wie etwa dem Recht, an der Gestaltung der eigenen Existenzgrundlage teilzuhaben und



Gelegenheit für zahlreiche Begegnungen ›am Rande‹ bietet die jährliche Generalversammlung der Vereinten Nationen — auch für ein deutsch-deutsches Treffen der Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Oskar Fischer. Die 34. Jahrestagung der Generalversammlung wurde am 18. September 1979 in New York eröffnet. In der einleitenden Generaldebatte nehmen Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister zu den Weltproblemen Stellung; Bundesaußenminister Genscher legte am 27. September den Standpunkt der Bundesregierung dar (Text der Rede s. VN 6/1979).

einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der Welt zu leisten. So schließe Entwicklung vor allem das Recht auf Arbeit ein, nicht im Sinne von Beschäftigung, sondern von Selbstverwirklichung. Der damit verbundene Gedanke der ›self-reliance‹ hat seit dieser Zeit eine erhebliche Rolle gespielt, auch in bezug auf das Handeln der Menschen in der Dritten Welt als Kollektiva, also ihrer Staaten und Zusammenschlüsse. Führende Entwicklungsexperten aus allen Bereichen fanden diesen Ansatz wichtig genug, um ihn besonders herauszustellen. Anlässlich der Siebenten UN-Sondergeneralversammlung unternahmen auch sie den Versuch, eine Perspektive für die Entwicklungspolitik der Zukunft aufzuzeigen. Das Ergebnis wurde 1975 im Dag-Hammarskjöld-Bericht ›Was tun?‹ vorgelegt. Darin heißt es:

›Die Stärkung der Fähigkeiten der Dritten Welt, sich bei ihrer Entwicklung auf ihre eigenen Kräfte verlassen zu können, erfordert:

die Ausübung des Rechts auf nationale wirtschaftliche Souveränität über Ressourcen und Produktion;  
das Abstoppen des Abflusses von Mitteln aus den Ländern der Dritten Welt in die industrialisierten Länder, beginnend mit einer radikalen Verbesserung der Handelsbeziehungen;  
gewisse Maßnahmen hängen einzig und allein vom Vorgehen der Dritten Welt ab, zum Beispiel von ihrer Organisation in einer oder mehreren ›Gewerkschaften der Dritten Welt‹ in der Absicht, ihre kollektive Verhandlungsposition zu stärken. Dies bedeutet, daß sich die Dritte Welt ihre eigenen Einrichtungen für gemeinsame Strategien und einen gerechten Einsatz auch der Mittel der ›Reichen‹ unter ihnen schaffen muß.‹

Diesem Ansatz folgend, ist in der Auseinandersetzung über den Zusammenhang von höherem Wirtschaftswachstum und Ausbreitung von Massenelend auch in der Bundesrepublik Deutschland vereinzelt der Vorschlag gemacht worden, nicht in einer weiteren und vertieften Eingliederung in das gegebene Weltwirtschaftssystem, sondern in einer Abkoppelung von diesem einen Ansatz für eine neue Entwicklungspolitik zu suchen. Man geht von der Vorstellung aus, daß nur durch eine besonders angestrenzte Steuerung gegen die Wirkungsweise des überkommenen Weltwirtschaftssystems jener Manövrierraum geschaffen wird, vermittels dessen offensichtlich nicht mehr lebensfähige Ökonomien und Gesellschaften in der Dritten Welt auf eine neue Grundlage gestellt werden könnten, die Wachstum und Entwicklung zugleich ermöglichen würde (so etwa Dieter Senghaas). Erfahrungen mit der wirtschaftlichen Entwicklung jetzt industrialisierter Staaten im 19. Jahrhundert und vereinzelt auch solche in heutigen Entwicklungsstaaten sprechen für einen solchen Ansatz autozentrierter Entwicklung, den die Entwicklungsländer allerdings nicht kollektiv in die Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung erfolgreich einzubringen vermögen, weil die Mehrzahl ihrer herrschenden Eliten von der Eingliederung in die internationale asymmetrische ›Arbeitsteilung‹ lebt.

#### IV

So wenig sich Überlegungen über alternative Entwicklungsmodelle schon verbreitet und Ansätze für ihre Realisierung durchgesetzt haben, so sehr fürchten die Industrieländer Experimente dieser Art, wie nicht nur die Niederschlagung des Weges von Chile unter Allende bewiesen hat. Die Strategie vieler Politiker und Industrieller in den hochentwickelten Ländern — die Bundesrepublik keineswegs ausgenommen — geht dahin, die sich vor allem um die OPEC kristallisierende Solidarisierung der Dritten Welt aufzubrechen und weitere Versuche geschlosseneren Auftretens zu verhindern. Das bedeutet in sehr vielen Fällen Hinhalte- und Verzögerungstaktiken, die heute dominierende entwicklungsfeindliche Strukturen stabilisieren.

Noch scheint die Rechnung aufzugehen, daß die Dritte Welt insgesamt zu schwach ist, sich in einer für die Industrieländer tatsächlich spürbaren Weise zu wehren. Sich ausbreitendes Massenelend wird durch Diktaturen niedergehalten, deren

Militarisierung nicht zufällig durch die reichen Länder kräftig gefördert wird. Dies läßt sich deutlich in Staaten beobachten, in denen die Agrarfrage nicht befriedigend gelöst wurde oder wo aufgrund der Unterdrückungsapparate transnationale Konzerne ein ›ruhiges‹ Investitionsklima vorfinden — zu Ungunsten einer Entwicklung der Völker. Da ein gutes Investitionsklima erklärtermaßen die Voraussetzung für ›Entwicklungsleistungen‹ zum Beispiel der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds darstellt, geht in vielen Fällen absurderweise das Ruinieren breiter eigenständiger Ressourcen mit der Vorzugsbehandlung als Empfänger von Auslandshilfe einher.

Erst wenn sich die Not im Fluten von Flüchtlingsströmen, im Terrorismus oder in Volkskämpfen verzweifelte Auswege sucht, registriert sie die Weltöffentlichkeit in allerdings meist vordergründiger Weise. Trotz der durch solche Eruptionen und Erosionen offenkundig eintretenden unermesslichen Verluste für die Dritte Welt scheint es den Industrieländern nach wie vor bequemer, diese immer noch mehr oder weniger lokal begrenzten ›Unruheherde‹ im Sinne einer die Ursachen langfristig eher verschlimmernden Katastrophenhilfe zu befriedigen, während sie zuvor meist bis zum nicht mehr zu verleugnenden Machtwechsel die Herrscher des ungerechten Status quo kräftig zu unterstützen pflegen — wie auch die Kräfte, die den Aufbau einer neuen Ordnung möglichst zu verhindern suchen.

Nur wenige der verantwortlichen Politiker der Welt bestreiten heute noch ernstlich, daß ohne zumindest eine Machtumverteilung bei den weltwirtschaftlichen Strukturen die Dritte Welt in ihrer Mehrheit keine Chance hat, Entwicklungsprozesse im Sinne der Grundbedürfnisse der breiten Bevölkerung wirksam und langfristig in Gang zu setzen. Eine Abkoppelung oder eine Integration auf der Basis neuer Machtverteilung, wobei beide Wege noch nicht die innere Entwicklung per se sicherstellen, ist nicht in Sicht, weil es der Dritten Welt noch an entsprechendem Durchsetzungsvermögen fehlt. Für die dritte Dekade ist keineswegs klar, wie die reichen Nationen agieren wollen: freiwillige Machtumverteilung, Stärkung der anderen Seite im Sinne einer Gewerkschaft der armen Länder mit der Aussicht auf neue verbindliche gerechte Regeln — oder zynische Hoffnung auf die Schwäche eines Elends, das nur in letzter Verzweiflung sich ohne Erfolgsaussicht zu erheben vermag. Die von den Industrieländern praktizierte teilbare Humanität ist nicht nur ein moralischer Defekt, sie markiert auch die Negation langfristiger Eigeninteressen der eigenen Völker. Gerade in der Bundesrepublik gilt es hier, einiges an Erkenntnis- und Willensbildung nachzuholen. Die wachsende Bedeutung, die der Bundesrepublik weltwirtschaftlich und weltpolitisch (beides vor allem auch über die Europäische Gemeinschaft) zukommt, hat bisher keineswegs ihre Parallele gefunden in vermehrter Einsicht, welche Verantwortung diese neue Position mit sich bringt und welche Gefahren aus dem Versagen nicht nur für die Welt, sondern auch für die Bevölkerung hier erwachsen. Der noch zu Beginn der zweiten Dekade in der Bundesrepublik spürbare Reformeifer hatte auch seine globalen Komponenten aufzuweisen gehabt. Die spätere Konzentration auf das kurzfristig innenpolitisch Machbare hat im Verlauf der zweiten Dekade den Blick nicht nur der Politiker für die Aufgaben der nächsten Jahrzehnte eher verstellt. Ist so auch die Kluft zwischen wachsender verfügbarer Erkenntnis und tatsächlichem politischem Handeln größer geworden?

#### Literaturhinweise

International Bank for Reconstruction and Development (World Bank), World Development Report 1979, Washington 1979. — J. Tinbergen et al., Reshaping the International Order — a Report to the Club of Rome, New York 1975 (Rio-Bericht). — W. Leontief et al., The Future of the World Economy, New York 1976. — ›Cocoyoc-Deklaration‹, in: epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 1/75. — Was tun? Dag-Hammarskjöld-Bericht 1975, Wien (Wiener Institut für Entwicklungsfragen) 1975.